

H A U S H A L T S R E D E

**des CDU-Fraktionsvorsitzenden, Bürgermeister Frank Schroft,
anlässlich der Verabschiedung von Haushaltssatzung und
Haushaltsplan des Landkreises Zollernalb für das Jahr 2026**

Sperrfrist: 08.12.2025, 19:00 Uhr

- Es gilt das gesprochene Wort -

Sehr geehrter Herr Landrat,
liebe Kolleginnen und Kollegen
meine sehr geehrten Damen und Herren,

I. Allgemeines

wir verabschieden heute den Haushalt des Zollernalbkreises für das Jahr 2026 – und wir tun dies in einer Zeit, in der sich die Rahmenbedingungen für kommunales Handeln so grundlegend verändert haben wie selten zuvor.

Die Kommunen in unserem Land stehen unter einem finanziellen Druck, wie wir ihn in dieser Intensität noch nicht erlebt haben. Die Herausforderungen, die uns begegnen, sind vielschichtiger geworden, sie greifen tiefer in unsere Aufgabenerfüllung ein und sie lassen sich schon lange nicht mehr durch „einfaches“ Sparen oder durch kleinere organisatorische Anpassungen auffangen.

Zugleich wird die finanzielle Stabilität unseres Kreises immer stärker durch Entwicklungen beeinflusst, die wir vor Ort kaum steuern können, während wir weiterhin Verantwortung für eine verlässliche Daseinsvorsorge, für tragfähige Investitionen in die Zukunft, für soziale Sicherheit und für den Zusammenhalt unserer gesamten Kreisgemeinschaft tragen.

Der Haushalt ist daher weit mehr als eine Sammlung von Zahlen und Positionen. Er zeigt, wie wir Verantwortung verstehen, wie wir Prioritäten setzen und welche Richtung wir als Kreistag für die kommenden Jahre vorgeben wollen.

Dabei darf Haushaltspolitik nicht von Wunschdenken getragen sein, sondern muss sich an der Realität orientieren, strategisch angelegt sein, Maß halten und zugleich die Zukunft im Blick behalten.

II. Finanzielle Ausgangslage

Vor diesem Hintergrund stellt sich nun die Frage, wie es um die finanzielle Ausgangslage des Zollernalbkreises bestellt ist und auf welcher Grundlage wir unsere Verantwortung im Haushaltsjahr 2026 tatsächlich wahrnehmen können.

Bei der Einbringung des Haushaltsplanentwurfs am 20. Oktober durch Herrn Landrat Pauli sind wir von einem Fehlbetrag im ordentlichen Ergebnis von rund –3,7 Mio. Euro ausgegangen.

Die inzwischen vorliegenden Orientierungsdaten des Landes, die Fortschreibung der FAG-Zahlen sowie weitere neue Erkenntnisse führen mittlerweile jedoch zu deutlichen Verschiebungen.

Durch höhere Schlüsselzuweisungen (+2,46 Mio. €), zusätzliche Erstattungen des Landes – insbesondere für schulische Inklusion (+1,13 Mio. €) – sowie weitere Anpassungen, gleichzeitig aber auch durch Mehrbelastungen wie die Rückforderung von Ausgleichsleistungen zum Deutschlandticket (–1,06 Mio. €) und einen höheren Verlustausgleich für das Klinikum (+2,29 Mio. €), ergibt sich per Stand 26. November ein verbessertes, aber weiterhin negatives ordentliches Ergebnis von nunmehr –3,02 Mio. Euro.

III. Haushaltskonsolidierung

Gerade vor diesem Hintergrund wird deutlich: Die Konsolidierung unseres Kreishaushalts ist kein abstraktes Ziel mehr, sondern längst ein unumgänglicher Prozess. Und: Sie ist nicht das Ergebnis einzelner Akteure, sondern beruht auf gemeinsam getragenen Entscheidungen von Kreistag und Kreisverwaltung, die im Haushalt 2026 nun konkret Gestalt annehmen und auch für die kommenden Jahre den Maßstab unseres Handelns setzen.

So wurden Ansätze für Sach- und Dienstleistungen eingefroren, Anmeldungen der Fachämter kritisch überprüft und in zahlreichen Fällen reduziert oder nur mit stichhaltigen Begründungen zugelassen.

Insgesamt wurden dadurch Erträge um mehr als 1,6 Mio. Euro erhöht und Aufwendungen um rund 1,3 Mio. Euro abgesenkt.

Diese konsequente Linie zeigt Wirkung und ist, gerade vor dem Hintergrund steigender Soziallasten und anhaltender Kostensteigerungen, ein richtiges und wichtiges Signal zur Haushaltsdisziplin.

Doch eines ist ebenso klar: Diese Schritte markieren nicht den Abschluss der Konsolidierungsbemühungen – sie müssen konsequent fortgeführt werden. Alles andere würde die Realität des Zahlenwerks verkennen.

Für uns als CDU-Fraktion bedeutet Haushaltskonsolidierung deshalb: Es braucht auch weiterhin eine kontinuierliche, systematische Aufgabenkritik, bei der wir uns ehrlich fragen, welche Aufgaben noch zeitgemäß sind und wo wir Doppelstrukturen reduzieren können. Und es braucht über alle Bereiche hinweg eine mutige Standardsenkung – überall dort, wo frühere Maßstäbe längst ihre Berechtigung verloren haben.

IV. Zentralisierungsstrategie

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

eng verbunden mit der Haushaltskonsolidierung ist die Frage einer modernen, effizienten und wirtschaftlichen Verwaltungsstruktur. In diesem Zusammenhang begrüßen wir die vorgelegte Zentralisierungsstrategie ausdrücklich.

Die Kreisverwaltung hat in den vergangenen Monaten ein Konzept erarbeitet, das klar zeigt: Weniger Standorte bedeuten mehr Effizienz, kürzere Wege und auf Dauer auch geringere Kosten. Diese Richtung unterstützen wir auch weiterhin.

Für die Mittelbereiche Albstadt und Hechingen überzeugen die vorgeschlagenen Lösungen sowohl fachlich als auch organisatorisch – sie sind gut abgestimmt und tragen den örtlichen Gegebenheiten Rechnung.

Im Mittelbereich Balingen allerdings sehen wir – gemeinsam mit Freien Wählern, Grünen und FDP – zusätzlichen Prüfbedarf.

Das gemeinsame Ziel einer möglichst konzentrierten und zukunftsfähigen Verwaltungsstruktur in den jeweiligen Mittelbereichen teilen wir dabei weiterhin uneingeschränkt. Gerade deshalb fordern wir eine externe Machbarkeitsstudie ein, um Alternativen zu einer kostenintensiven Sanierung des Postgebäudes zu prüfen, mit der im besten Fall eine „echte Bündelung“ in Balingen ermöglicht werden kann.

Konkret soll die Studie untersuchen, ob ein Anbau oder Neubau in direkter oder unmittelbarer Nähe des bestehenden Hauptgebäudes in der Hirschbergstraße nicht die deutlich bessere und langfristig tragfähigere Lösung wäre.

Diese Variante könnte eine Konzentration auf zwei, maximal drei Gebäude im Mittelbereich Balingen ermöglichen – und damit *die* strukturellen Vorteile realisieren, die wir für eine zeitgemäße Verwaltung brauchen.

Mit der heute zur Entscheidung anstehenden Vorgehensweise wollen wir sicherstellen, dass wir für Balingen eine Lösung finden, die langfristig trägt, moderne Arbeitsbedingungen schafft und dem Landkreis strategisch wie finanziell *auf Dauer* Vorteile bringt.

Dass wir diesen Weg gemeinsam gehen, ist ein wichtiges Signal für die Zukunftsfähigkeit unseres Kreises und für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Kreisverwaltung insgesamt.

V. Personalaufwendungen

Ein zentraler Faktor für die Stabilität unseres Haushalts bleibt daneben der Personalbereich. Gerade deshalb begrüßen wir ausdrücklich, dass die Kreiserhaltung im Stellenplan 2026 verantwortungsvoll vorgegangen ist.

Die Personalkosten steigen zwar weiterhin spürbar an – vor allem aufgrund der Tarif- und Besoldungsanpassungen, die wir als Landkreis nicht beeinflussen können. Allein diese Steigerungen belasten den Haushalt im kommenden Jahr um mehrere Millionen Euro.

Lobenswert ist dabei der erstmals sichtbare Stellenabbau: Insgesamt werden im Stellenplan 2026 4,62 Vollzeitäquivalente abgebaut, sodass der Gesamtstellenbestand auf 729,07 Stellen sinken wird. Dass freiwerdende Stellen nicht pauschal nachbesetzt werden und befristete Verträge auslaufen, zeigt, dass die Kreisverwaltung den eingeschlagenen Konsolidierungspfad ernst nimmt.

Dieser Kurs entspricht genau *dem* Weg, den wir als CDU-Fraktion seit Jahren einfordern: ein verantwortungsvoller Umgang mit Personalressourcen, eine klare Priorisierung nach Pflichtaufgaben, ein Ende des Automatismus steigender Stellenzahlen und die konsequente Ausschöpfung der Potenziale von Digitalisierung und – perspektivisch – auch künstlicher Intelligenz.

Auch dass Verwaltung und Kreistag gemeinsam an der geltenden Stellenobergrenze festhalten, ist ein wichtiger Fortschritt. Unsere mittelfristige Zielmarke von rund 700 Stellen behalten wir dabei klar im Blick.

VI. Zollernalb-Klinikum und Neubau Zentralklinikum

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

ein Themenkomplex, der unseren Landkreis wie kaum ein anderer prägt und uns heute bereits erneut intensiv beschäftigt hat, ist die Lage unseres Zollernalb-Klinikums und die Frage, wie wir den Weg in die Zukunft der stationären Versorgung gemeinsam gestalten.

Die Geschäftsführung hat soeben ausführlich zur aktuellen wirtschaftlichen Lage Stellung bezogen. Die Zahlen und Einschätzungen, die wir gehört haben, bestätigen die große Herausforderung, vor der unser Klinikum weiterhin steht – und sie machen deutlich, dass die Belastungen im laufenden Betrieb nicht aus den vorgenommenen Strukturmaßnahmen resultieren, sondern auch hier maßgeblich auf äußere, systembedingte Faktoren zurückzuführen sind.

Umso wichtiger ist es, die nun eingeschlagenen Schritte konsequent weiterzuführen und realistisch einzuschätzen, was das Klinikum aus eigener Kraft leisten kann und wo Bund und Land gefordert bleiben.

Trotz dieser schwierigen Rahmenbedingungen sehen wir im Klinikum wichtige Fortschritte. In mehreren zentralen Fachbereichen wurden neue Führungsteams etabliert und weitere Leistungssteigerungen erzielt. Die medizinischen Strukturen entwickeln sich weiter, und das zeigt, dass die Klinik auch unter hohem Druck gestaltungsfähig bleibt.

Parallel dazu kommt der Neubau des Zentralklinikums gut voran. Die ersten Sitzungen des Bauausschusses haben bereits stattgefunden, die Projektorganisation steht, und die Planungsprozesse laufen strukturiert und professionell.

Das ist ein wichtiges Signal, denn wir brauchen diesen Neubau – nicht zuletzt, um die zukünftige medizinische Versorgung im Zollernalbkreis verlässlich abzusichern.

Und gleichzeitig bleibt es unsere Aufgabe, den bestehenden Klinikbetrieb wirtschaftlich so zu stabilisieren, dass wir die Zeit bis zur Inbetriebnahme des neuen Zentralklinikums überbrücken können.

VII. Kreisumlage

Meine sehr geehrten Damen und Herren,
liebe Kolleginnen und Kollegen,

die Festlegung des Kreisumlagehebesatzes bleibt – wie jedes Jahr – *der* Punkt, an dem sich der finanzpolitische Kurs des Landkreises besonders deutlich zeigt.

Herr Landrat Pauli hat mit dem Vorschlag, den Hebesatz auch für 2026 bei 32,5 Prozentpunkten zu belassen, ein wichtiges Signal gesetzt: Der Zollernalbkreis nimmt die angespannte Lage der Städte und Gemeinden ernst und trägt ihr Rechnung. Dass uns trotz ausufernder Soziallasten, höheren Personalkosten und weiterhin hohen Verlustabdeckungen im Klinikum keine weitere Anhebung des Kreisumlagehebesatzes vorgeschlagen wird, ist Ausdruck von Augenmaß, Solidarität und einer realistischen Einschätzung der finanziellen Lage vor Ort.

Viele Landkreise werden diesen Finanzierungsbeitrag der kreisangehörigen Städte und Gemeinden erhöhen – wir nicht. Und das ist das Ergebnis gemeinsamer, verantwortungsvoller und vorausschauender Entscheidungen in den letzten Monaten und Jahren.

Im Haushaltsplan finden sich zugleich Ausführungen, wie sich die Kreisumlage perspektivisch entwickeln müsste, wenn die Sozialausgaben – wie prognostiziert – in den kommenden Jahren weiter steigen werden. Rein rechnerisch ergäbe sich demnach wohl bereits für 2027 ein Hebesatz von 35,5 Prozentpunkten.

Diese Darstellung nehmen wir zur Kenntnis; sie ist für uns aber lediglich ein Hinweis, ein Modell, vielleicht auch ein Testballon der Kreisverwaltung. Aber sie ist für uns als CDU-Fraktion kein finanzpolitischer Automatismus.

Mitunter besteht noch der Reflex, steigende Soziallasten automatisch über die Kreisumlage kompensieren zu wollen. Diesen Ansatz lehnen wir auch weiterhin ab.

Die Städte und Gemeinden dürfen als unterste Ebene im staatlichen Gefüge nicht zum finanziellen Auffangbecken für Sozialausgaben werden, die sie weder verursacht haben noch weitergeben können. Sie kämpfen nämlich zum Teil selbst mit großen Investitionen, inflationsbedingten Mehrkosten und stark rückläufigen Steuereinnahmen.

Vor diesem Hintergrund liegt es nahe, den Hebesatz stabil zu halten. Mehr noch: Angesichts eines um rund 9 Mio. Euro höheren Kreisumlageaufkommens bei unverändertem Hebesatz gegenüber 2025, der angekündigten Erstattungen von Land und Bund sowie mit Blick auf den aktuellen Stand der Ergebnismrücklage von rund 46 Mio. Euro erscheint dieser Schritt nicht nur gerechtfertigt, sondern auch geboten.

Gleichzeitig erwarten wir, dass Bund und Land ihrer Verantwortung nachkommen und die Sozialausgaben so gegenfinanzieren, dass sie nicht länger unmittelbar auf die kommunale Ebene durchschlagen.

Eine alljährliche Anhebung der Kreisumlage zur Kompensation dieser strukturellen Fehlentwicklungen wäre der falsche Weg und würde das solidarische und partnerschaftliche Miteinander der kommunalen Familie erheblich gefährden.

Gerade weil die Spielräume immer enger werden, kommt der Vorlage aktueller Jahresabschlüsse daher eine zentrale Bedeutung zu. Nur auf dieser Grundlage lässt sich die richtige Balance zwischen solider Kreisfinanzierung und der Leistungsfähigkeit unserer Städte und Gemeinden wahren – und damit eine nachhaltige Finanzpolitik für den gesamten Zollernalbkreis gestalten.

In diesem Zusammenhang ist auch die jüngste Mittelzuteilung aus dem Bundesprogramm nach dem Gesetz zur Finanzierung von Infrastrukturinvestitionen von Ländern und Kommunen (LuKIFG) zu erwähnen:

Der Zollernalbkreis erhält daraus knapp 40 Mio. Euro. Diese Mittel stellen für uns eine wichtige Chance dar, künftige finanzielle Belastungen im Investitionsbereich besser zu bewältigen.

Beim Blick in die mittelfristige Finanzplanung wird deutlich, dass ab 2029 – im Zusammenhang mit dem geplanten Zentralklinikum – rd. 75 Mio. Euro an Kreditaufnahmen vorgesehen sind.

Vor diesem Hintergrund halten wir es für sinnvoll, bereits heute zu prüfen, ob diese Bundesmittel, teilweise oder ganz, gezielt dazu beitragen können, ein derart bedeutendes Investitionsvorhaben wie den Klinikneubau finanziell zu stützen und spätere Schuldenaufnahmen zu dämpfen.

Es geht nicht darum, heute endgültige Festlegungen zu treffen. Aber wir sollten diese Bundesmittel verantwortungsvoll in unsere Überlegungen einbeziehen – gerade angesichts eines Projekts, das finanziell weit über das hinausreicht, was der Kreishaushalt allein und nur mit einer sehr hohen Landesförderung schultern kann.

VIII. Danksagung

Liebe Kolleginnen und Kollegen,
meine sehr geehrten Damen und Herren,

am Ende meiner Ausführungen ist es mir ein besonderes Anliegen, Danke zu sagen. Mein Dank gilt zunächst Ihnen, sehr geehrter Herr Beiter, Ihrem Team und allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Kreiskämmerei, die an der Erarbeitung des Haushaltsplans 2026 mitgewirkt haben.

Sie haben uns – wie gewohnt – zuverlässig, transparent und stets zeitnah mit allen notwendigen Unterlagen versorgt. Diese vertrauensvolle Zusammenarbeit ist für unsere Beratungen von großem Wert.

Ebenso danken wir Ihnen, Herr Landrat Pauli, dem Ersten Landesbeamten sowie allen Dezernentinnen und Dezernenten für die konstruktive Zusammenarbeit im vergangenen Jahr. Trotz intensiver Diskussionen und teils unterschiedlicher Positionen ist es uns gelungen, gemeinsame Lösungen zum Wohle der Menschen im Zollernalbkreis zu finden und wichtige Themen voranzubringen. Eine lebendige, sachorientierte Auseinandersetzung ist Ausdruck gelebter Demokratie und das sollten wir uns auch in Zukunft bewahren.

Unser Dank gilt darüber hinaus allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des Landratsamts sowie des Zollernalb-Klinikums um Herrn Dr. Hinger und Herrn Heinzler. Ihr täglicher Einsatz – oftmals unter hohem Druck und in herausfordernden Rahmenbedingungen – verdient große Anerkennung.

Sie tragen mit Ihrem Engagement maßgeblich dazu bei, dass unser Landkreis leistungsfähig aufgestellt ist und die Menschen in unserer Region eine gute stationäre Versorgung erhalten.

Abschließend danke ich allen Kolleginnen und Kollegen im Kreistag für das stets konstruktive Miteinander. Die Beratungen haben gezeigt, dass wir trotz unterschiedlicher Sichtweisen gemeinsam Verantwortung übernehmen und den Landkreis weiter voranbringen wollen.

Die CDU-Fraktion wird dem vorliegenden Haushalt daher zustimmen.

Herzlichen Dank.